



über die
1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 25.04.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

Ratsmitglieder SPD

Herr Robert Biedermann
Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Herr Dieter Drescher
Frau Marion Dyduch
Frau Renate Jung
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Günter Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Herr Franz Hugo Weber
Herr Wilfried Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

Ratsmitglieder

Herr Klaus-Dieter Grosch

Beratendes Mitglied FDP

Herr Klaus-Wilhelm Nieme

Beratendes Mitglied BG

Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher

Herr Heinrich Baumann
Herr Heinz Henning
Herr Gustav-Adolf Kersten

Verwaltung

Herr Hans-Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Herr Reinhard Lantin
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Personalrat

Frau Bärbel Amlang
Herr Uwe Fleißig

Gäste

Herr stv. Geschäftsführer VKU Dieter Eichner

entschuldigt fehlten:

Herr Tim Anselm Bremmer
Frau Ina Scharrenbach
Herr Manfred Wiedemann

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Anwesenden insbesondere als Gast den stellvertretenden Geschäftsführer der VKU GmbH, Herrn Dieter Eichner, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte A 2 bis A 7 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bericht der Verkehrsgesellschaft des Kreises Unna über Restrukturierungsmaßnahmen	
2	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Zulassung weiterer Waren zum Wochenmarktverkehr	15/2006
3	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass	17/2006
4	Neufassung der Betriebssatzung der Stadt Kamen für den Betrieb Stadtentwässerung Kamen	20/2006
5	Jahresabschluss Projektgesellschaft Königsborn mbH zum 31.12.2005	21/2006

6	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Projektgesellschaft Königsborn mbH für das Geschäftsjahr 2005	22/2006
7	Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Produkt Stadtmarketing	16/2006
8	Bürgeranregung zur Schaffung einer barrierefreien Verbindung der Bahngleise am Bahnhof Kamen	1/2006
9	Verkehrswege- und Verkehrsflächenbericht für die Stadt Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
10	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Bericht der Verkehrsgesellschaft des Kreises Unna über Restrukturierungsmaßnahmen

Herr **Eichner** berichtete umfassend über das Restrukturierungskonzept des Unternehmens. Er stellte Inhalte vor, erläuterte die finanziellen Auswirkungen der Sparmaßnahmen, nahm zum aktuellen Stand des Konzeptes Stellung und skizzierte mögliche Entwicklungsperspektiven.

Er schilderte kurz die Historie. Das von der Geschäftsleitung ursprünglich vorgelegte Restrukturierungskonzept habe eine Zielvorgabe von jährlich 1,1 Mio. Euro an Einspareffekten beinhaltet. Dieses Sparziel sei zwischenzeitlich auf 1,5 Mio. Euro erhöht worden. Auf der Grundlage eines umfangreichen Maßnahmenkatalogs sei dies einvernehmlich zwischen Betriebsleitung, Betriebsrat und Gesellschaftern vereinbart worden. Wesentliche Inhalte seien beispielsweise die Gründung der Fahrbetriebstochter, die Einführung des Spartentarifs und die Überprüfung des Overhead-Aufwands. Herr Eichner erläuterte die einzelnen Positionen und beschrieb die finanziellen Auswirkungen (s. Anlage 1).

Pos. 1: Insbesondere die Einführung des neuen Tarifvertrags führe zu einschneidenden, spürbaren Veränderungen mit Arbeitszeitverlängerungen und schlechteren Bedingungen in verschiedenen Produktionsbereichen. Rein rechnerisch habe jeder Beschäftigte auf durchschnittlich 1.500 Euro jährlich zu verzichten. Im Gegenzug sei mit dem Kreis ein neuer Unternehmensvertrag abgeschlossen worden, der bis zum Jahr 2009 Kündigungsschutz und Bestandssicherung garantiere.

Pos. 2: Die Einsparungen im s.g. Overhead-Bereich des Betriebs seien insbesondere durch den Einsatz neuer EDV-Systeme erzielbar.

Pos. 3: Hinsichtlich der Angebotsoptimierung habe man Umstiegszeiten verändert bzw. verkürzt, was letztlich zu einer wirtschaftlicheren Auslastung der Kapazitäten führe.

- Pos. 4: Eine Reduzierung im Bereich der technischen Dienste werde u.a. durch die Vermeidung von steigenden Kosten durch Mehrverkehre erreicht.
- Pos. 5: Schon eine Verringerung der Fehlzeiten der Beschäftigten um 1 % wirke sich mit einer Ersparnis von 75.000 Euro jährlich aus. Deshalb habe man gesundheitsfördernde Maßnahmen eingeleitet, um weitere Verbesserungen zu erzielen.
- Pos. 6: Die Umorganisation der Servicezentrale fahrtwind beziehe sich auf den personellen Bereich - Reduzierung auf 5 Mitarbeiter mit Kostenanteilen Kreis - und den EDV-Bereich – Fahrgastauskünfte -.
- Pos. 7: Durch die Aufgabe des SchnellBusses bzw. die Fahrzeugspezifikation mit Zulassung anderer Fahrzeuge werde die Auslastung des Fahrzeugsparks insgesamt verbessert.
- Pos. 8: Die Einführung der Schutzgebühr für die Fahrpläne habe zu einer geringeren Nachfrage geführt.
- Pos. 9: Die Kooperation mit der Stadt Hamm sei insoweit verändert, als dass bisher kostenfreie Fahrleistungen im Bereich der Stadt Hamm nur noch mit entsprechender Kostenbeteiligung durchgeführt werden.
- Pos. 10: Auch der Einsatz der Freizeitkontrolleure soll neben dem kontrollierten Einstieg zu Einsparungen bei der Schwarzfahrerkontrolle führen.
- Pos. 11: Die Zulassung der Außenwerbung auf den Bussen sei überprüft und gelockert worden, um Einnahmeverbesserungen zu erzielen.
- Pos. 12: Der Betriebsrat habe sich im Bereich der Kosten für Fortbildungsmaßnahmen eine Selbstbeschränkung auferlegt.
- Pos. 13: Als beispielhaft für diverse Einzelmaßnahmen nannte Herr Eichner die Aufgabe der Tarifinformation an den Haltestellen im Kreis Unna mit einem Spareffekt von 40.000 Euro und eine umlauforientiertere Fahrplangestaltung mit geringeren Pausenzeiten und insgesamt höherer Auslastung und Produktivität der Busse.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen werde insbesondere auf Sozialverträglichkeit geachtet, aber auch Zwänge, die sich aus betriebstechnischen Abläufen ergeben, seien zu berücksichtigen.
Das erkläre u.a., warum sich nicht alle Maßnahmen sofort, sondern sukzessiv aufwandmindernd auswirkten.

Die betriebliche Fehlbetragsentwicklung erläuterte Herr Eichner anhand einer weiteren Folie (s. Anlage 2). Er wies zusammenfassend darauf hin, dass bei einem Anstieg der Gesamtaufwendungen um 2 % die Erträge gleichzeitig um 4 % anwachsen müssten, um das Betriebsergebnis zumindest zu sichern. Davon sei leider nicht auszugehen. Auf der Ertragsseite stagnierten Landeszuwendungen (z.B. Schülerbeförderung), würden zurückgefahren bzw. drohten ganz wegzufallen.

Zugleich seien im Aufwandsbereich weitere Kostensteigerungen beispielsweise durch eine weitere Verteuerung des Dieselkraftstoffs zu erwarten. Zudem sei fraglich, wie sich das bislang noch relativ moderate Zinsniveau des Kreditmarktes künftig entwickle. Höhere Zinsaufwendungen könne man nicht unbedingt ausschließen.

Als Resultat bleibe deshalb festzustellen, dass die erfolgreiche Senkung der jahresbezogenen Aufwendungen durch Restrukturierungsmaßnahmen um bisher 600.000 Euro bzw. um 1 Mio. Euro bis zum Jahresende letztlich zu keiner nachhaltigen Ergebnisverbesserung führen.

Weitere Sparvorschläge, so Herr Eichner abschließend, würden derzeit erarbeitet. Kostenminderungen, die insbesondere durch Veränderungen der Angebotspalette wie z.B. die Einstellung von Linien erzielt werden könnten, unterlägen letztlich jedoch der politischen Entscheidung der Gesellschafter des Kreises Unna.

Anfragen und Aussprache

Herr **Kissing** wies auf die Rolle des Kreises und seiner Städte und Gemeinden als Besteller der Nahverkehrsleistungen hin und erkundigte sich mit Blick auf die anstehenden Beratungen der Nahverkehrsplanung auf beeinflussbare Faktoren und deren Bewertung durch die VKU.

Dazu stellte Herr **Eichner** fest, dass die Frage der Angebotsmenge und der Angebotsqualität des Nahverkehrs entscheidend sei. Die Geschäftsführung der VKU habe die Aufgabe, den Kreis als Aufgabenträger zu beraten. Diese beratenden Funktion werde man selbstverständlich wahrnehmen. Grundsätzlich müsse man bedenken, dass sich der Kreis in einer Brückenlage zwischen der Großstadt Dortmund mit einem eher luxuriösen Nahverkehrsangebot und den ländlich geprägten Bereichen des Münsterlandes mit restriktiven Nahverkehrsangeboten befände. Ein funktionales Nahverkehrsangebot aus dieser räumlichen Situation und vor dem Hintergrund wachsenden Kostendrucks zu gestalten, sei eine schwierige Gratwanderung. Für die anstehenden Beratungen jedenfalls werde die Geschäftsleitung dem Kreis alle notwendigen und entscheidungsrelevanten Zahlen wie z.B. Linienergebnisrechnungen zur Verfügung stellen.

Frau **Dyduch** erinnerte an den Ausgangspunkt für die heutige Information. Möglichkeiten der Minimierung oder zumindest der Stabilisierung des kommunalen Beitrags zur Verlustabdeckung der VKU seien wesentliches Thema der letzten Haushaltsplanberatungen gewesen. Die Zusammenhänge von Angebotsqualitäten und Kostendruck seien komplex, die Zielsetzungen „Angebot möglichst erhalten und Kosten minimieren“ konkurrierend. Hinzu komme noch die angesprochene Brückenfunktion in einem Flächenkreis wie dem Kreis Unna. Vor diesem Hintergrund erwarte sie eine spannende Diskussion über die künftige Gestaltung des Nahverkehrs im Rahmen des anstehenden Planverfahrens.

Auf Anfrage von Herrn **Nieme** antwortete Herr **Eichner**, dass Gas als alternatives Antriebsmittel nicht wirtschaftlich eingesetzt werden könne. In der Regel komme Gas nur mit Subventionen der jeweiligen Stadtwerke zum Einsatz. Zudem sei der Betankungsvorgang aufwendiger.

Die Steigerung der Fahrgastakzeptanz der VKU-Angebote hielt Herr **Hasler** für einen nicht zu unterschätzenden Aspekt in der Debatte um Angebotsqualität und Kostensenkungen. Wichtige Bewertungskriterien seien Verlässlichkeit, Erreichbarkeit, Pünktlichkeit und Schnelligkeit durch Signalanlagenschaltungen für Busse oder die Haltestellensituation. Er fragte an, ob in Kamen diesbezüglich Verbesserungsbedarf bestehe, um Akzeptanzsteigerungen zu erreichen.

Er erkundigte sich nach den Ergebnissen der Einführung gestaffelter Schulanfangszeiten im Bereich der Stadt Kamen bzw. des Kreises.

Dazu versicherte Herr **Eichner**, dass in der Vergangenheit eine Vielzahl von infrastrukturellen Attraktivierungsmaßnahmen wie z.B. der Einsatz von Betriebsleitsystemen, die Installation von Ampelbeschleunigungsschaltungen oder die Markierung separater Busspuren innerhalb des Kreises Unna stets mit voller Unterstützung der kommunalpolitischen Entscheidungsträger realisiert worden seien. Wünschenswert sei eine verstärkte ordnungspolitische Begleitung und Unterstützung. Das Parken in den Busbuchten führe immer noch häufig zu Zeitverlusten. Aber auch diese Problematik sei bekannt. Darüber herrsche keine Meinungsverschiedenheit zwischen der VKU und den Kommunen.

Durch die Staffelung der Schulanfangszeiten habe der Schulbuseinsatz erfolgreich entzerrt werden können. Das sei ein Erfolg, den man allein ohne die Unterstützung der Verwaltungen und der Politik vor Ort mit den Schulen vermutlich nicht hätte erreichen können.

Herr **Kühnapfel** vertrat den Standpunkt, dass ein attraktives ÖPNV-Angebot als umweltfreundliche Alternative zum Individualverkehr unbedingt gesichert werden müsse. In den vergangenen Jahren sei trotz höherer Preise ein erfreulicher Anstieg der Fahrgastzahlen festzustellen. Er fragte an, ob weitere Attraktivierungen zur Steigerung der Fahrgastzahlen überlegt würden.

Herr **Eichner** wies auf die Einführung des FlashTickets als erfolgreichstes Angebot zur Fahrgastzahlensteigerung der letzten Jahre hin.

Politisch werde immer wieder gefordert, die Fahrgäste durch Preisanhebungen stärker an den Kosten zu beteiligen. Dieser Forderung sei man gefolgt. Auch für 2007 seien erneut Fahrpreiserhöhungen geplant. Besonders spürbar sei dies bei der Koppelung der Tarife von Bahn und Bus geworden. Die Bahn drehe hier als absoluter Preistreiber weiterhin kräftig an der Preisschraube. Als Problem erweise sich die Verteuerung der Firmentickets. Hier befürchte man Rückgänge durch Abwanderungen.

Auf Anfrage von Herrn **Grosch** nach den Auswirkungen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinien bemerkte Herr **Eichner**, dass man bereits seit mehr als 15 Jahren auf die angekündigten Verordnungen warte. Der aktuell vorliegende Entwurf, der nun auf den Weg gebracht werden solle, erschüttere die Verkehrsunternehmen nicht. Durch die ausdrückliche Zulassung von Inhousevergaben werde der Wettbewerb auf der Ebene des Fahrbetriebs angesiedelt. Das betreffe nicht die Konzessionierungsebene der Verkehrsunternehmen.

Herr **Kloß** bezog sich auf die Andeutung weiterer Sparmaßnahmen und bat Herrn Eichner zu erläutern, inwieweit Leistungseinschränkungen erforderlich seien, um Kostensenkungen für die Kommunen zu erreichen.

Herr **Eichner** erklärte, dass sich die Frage der Verlustabdeckung nicht allgemein beantworten ließe. Kalkuliert werden könne die Auswirkung konkreter Maßnahmen wie Einstellung der Sonntagsverkehre, Aufgabe des Nachttaxis, Verkürzung der täglichen Betriebszeiten, Linienstilllegungen u.a. zur Ausdünnung des Angebots.

Herr **Kissing** bat die Verwaltung, für künftig anstehende Beratungen über Angebote und Leistungen der Nahverkehrsplanung diese betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und Linienfolgspläne für den Bereich Kamen zur Verfügung zu stellen.

Unter dieser Zielsetzung sei auch der Antrag der CDU-Fraktion zur Deckelung der Verlustabdeckung auf 580.0000 Euro zu verstehen und weiter zu diskutieren.

Herr **Baudrexl** erinnerte an die bisherigen Beratungen. Die Verwaltung habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass das Unternehmen bei betrieblichen Kosteneinsparungen Grenzen erreiche. Wer weitere Einsparungen erzielen wolle, müsse auf der Ebene der Angebote und Leistungen diskutieren. Insofern könne von einer kostenorientierten Beratungsqualität im anstehenden Nahverkehrsplanverfahren sicher ausgegangen werden. Wie in der letzten Ratssitzung bereits erläutert, sei eine Kostendeckelung der Verlustabdeckung für Kamen, wie die CDU-Fraktion es fordere, sehr problematisch. Er warnte davor, den zwischen dem Kreis und den beteiligten Städten und Gemeinden vereinbarten sehr gerechten Verteilmodus des Verlustausgleichs in diesem Zusammenhang zur Disposition zu stellen. Er empfehle, den Vorschlag des Herrn Eichner aufzugreifen und auf der Basis betrieblicher Leistungskennzahlen die Planung der Angebotspalette detailliert zu beraten.

Herr **Kissing** verdeutlichte erneut seine Überzeugung, mit dem Antrag zur Deckelung der Verlustabdeckung ein wirksames politisches Signal gesetzt zu haben. Das habe zu einer intensiveren politischen Diskussion und schärferem Problembewusstsein geführt.

Herr **Brüggemann** bat, in der politischen Debatte um die aktuelle Entwicklung des Nahverkehrs und den wachsenden Kostendruck auf kommunale Haushalte auch die Wirkungen der Rückführung der Landesförderung nicht ganz auszublenden.

Die Notwendigkeit der anstehenden nahverkehrspolitischen Diskussion betonte Herr **Lipinski**. Eine Deckelung des Verlustausgleichs sei im Übrigen nicht das relevante Thema. Die zentrale Herausforderung sei die Gestaltung eines attraktiven, nutzerorientierten und räumlich ausgewogenen Leistungsangebots innerhalb des Stadtgebietes von Kamen, das zugleich dem Anspruch an Kostenverträglichkeit bzw. -minimierung gerecht werde. Das müsse intensiv auf der Basis des Nahverkehrsplanentwurfs beraten werden. Zu bedenken sei auch, dass zu starke Angebotsbeschränkungen zu unerwünschten Akzeptanzverlusten und hohen Einbrüchen bei den Fahrgastzahlen führen könnten.

Diese Bedenken, dass Qualitäts- und Leistungsbeschränkungen kontraproduktiv wirken könnten, teilte Herr **Grosch**.

Herr **Hasler** entgegnete, in den anstehenden Beratungen müsse man sich nicht von der Frage leiten lassen, was man sich leisten wolle, sondern vielmehr, was man sich noch leisten könne. Dass geringere Zuschüsse vom Land und den beteiligten Kommunen zu geringeren betrieblichen Erträgen führten und letztlich zu verringerten Angeboten, sei unstrittig.

Die Dringlichkeit des Beratungs- und Handlungsbedarf hob Herr **Kloß** hervor.

Die Argumente zur Verlustabdeckung aufgreifend bat Herr **Eichner**, die Abhängigkeiten und Verflechtungen innerhalb des Netzverbund zwischen Kamen und den Nachbarstädten, insbesondere Unna und Lünen, zu bedenken. Die Stadt Kamen als Anteilseigner mit ca. 8 % könne nicht isoliert betrachtet werden, sondern sei ein Partner innerhalb des Solidarsystems.

Das gelte auch für das Finanzierungssystem. Den Verlustausgleich finanziere der Kreis zu 50 % über die Kreisumlage. Die verbleibenden 50 % würden nach einem Betriebsleistungsschlüssel auf die Kommunen verteilt. Unter diesem Aspekt könne er nur davor warnen, den Verlustausgleichsmodus durch eine isolierte Entscheidung zur Deckelung der eigenen Aufwendungen insgesamt in Frage zu stellen.

Auch Herr **Stahlhut** hielt die Diskussion über eine Umlagenbegrenzung für unbedacht. Die Förderung des ÖPNV sei klare politische Zielvorgabe der Verkehrsentwicklungsplanung seit vielen Jahren. Die VKU habe sich stets als verlässlicher Partner erwiesen und einen enormen Beitrag zu einem attraktiven Nahverkehrsangebot geleistet. Als Beispiele führte er die Anschaffung von Niederflurbussen oder das Angebot der Anrufsammeltaxen an. Er hielt im Übrigen weitere Fahrgastzuwächse vor dem Hintergrund weiterer Energiekostensteigerungen im Individualverkehr für nicht ausgeschlossen.

Herr Bürgermeister **Hupe** honorierte abschließend die erfolgreiche Entwicklung der VKU und besonders die Leistungen und Anstrengungen zur Restrukturierung. Zusammenfassend stellte er fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion nicht wörtlich gemeint, sondern als Signal zu verstehen sei. Die komplizierten Verflechtungen im Netzverbund seien noch einmal deutlich dargelegt worden. Träger des ÖPNV sei der Kreis Unna. Die Stadt habe keine Entscheidungskompetenz und könne keine rechtlich bindende Beschlusslage herbeiführen.

Die Anregung des Herrn **Kissing**, die Vertreter der Stadt Kamen in den Gremien des Unternehmens zu beauftragen, gegen jede weitere Kostensteigerungen zu entscheiden, hielt Herr Bürgermeister **Hupe** als symbolischen Hinweis für nicht hilfreich. Außerdem vertrete Herr Baudrexl im Aufsichtsrat der VKU die Interessen der Stadt sehr engagiert.

Herr Bürgermeister **Hupe** bedankte sich bei Herrn Eichner für seinen informativen Bericht und seine offene Gesprächsbereitschaft.

Herr Eichner verließ den Sitzungsraum und nahm am Fortgang der Sitzung nicht mehr teil.

Zu TOP 2.
15/2006

Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Zulassung weiterer Waren zum Wochenmarktverkehr

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 3.
17/2006

Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 4.
20/2006

Neufassung der Betriebssatzung der Stadt Kamen für den Betrieb Stadtentwässerung Kamen

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.
21/2006

Jahresabschluss Projektgesellschaft Königsborn mbH zum 31.12.2005

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 6.
22/2006

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Projektgesellschaft Königsborn mbH für das Geschäftsjahr 2005

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 7.
16/2006

Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Produkt Stadtmarketing

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 8.
1/2006

Bürgeranregung zur Schaffung einer barrierefreien Verbindung der Bahngleise am Bahnhof Kamen

Beschluss:

Dem Antrag des Herrn Wolfgang Nitschke wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Zu TOP 9.

Verkehrswege- und Verkehrsflächenbericht für die Stadt Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Kissing** verwies auf den vorliegenden Antrag einschließlich Begründung. Der Informationsbedarf ergebe sich nach der Einführung des NKF mit entsprechend ergänzenden Berichtspflichten der Verwaltung.

Frau **Dyduch** unterstrich die Notwendigkeit, sich mit der Thematik im Vollzug des Haushaltsplans auseinander zu setzen. Sie nahm Bezug auf den Finanzplan und die dort beschriebenen Investitionen. Mit dem Produkthaushalt habe man aber u.a. bereits Prioritäten in der Auswahl und Abfolge der Maßnahmen gesetzt. Zudem enthalte der Plan für den Verkehrsbereich bereits einige Kennzahlen. Ergänzende unterjährige Berichte der Verwaltung auf dieser Basis und in komprimierter Form, insbesondere im Hinblick auf nicht kalkulierbare und nicht planbare Entwicklungen erwarte auch ihre Fraktion.

Das sei beispielsweise immer dann der Fall, wenn der Straßenzustand nach unerwartet strengen Wintern Handlungsbedarf auslöse. Einen so umfangreichen Bericht, wie ihn die CDU-Fraktion beantrage, benötige man nicht. Der Aufwand, der in der Verwaltung notwendigen Recherchen rechtfertige den Nutzen nicht. Deshalb werde der Antrag abgelehnt.

Diesem Statement schloss sich Herr **Stahlhut** an und wies ergänzend auf in der Verwaltung vorhandenes Datenmaterial aus der Straßenvermögens-erfassung und -bewertung im Zusammenhang mit der Einführung des NKF hin. Er erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion aufgrund dessen einen Antrag auf Erstellung eines Straßenkatasters zurückgezogen habe.

Auch Herr **Kühnapfel** machte die Notwendigkeit weitergehender Informationen durch die Verwaltung deutlich. Er stimmte der Intention des Antrags, nicht aber dem geforderten Umfang zu, weil man nach seiner Einschätzung nur wesentliche, kommunalpolitisch entscheidungsrelevante Kennzahlen und komprimierte Berichte über aktuelle Entwicklungen benötige.

Herr **Hasler** erklärte, dass seine Fraktion mit Blick auf die Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2007 ergänzendes Informationsmaterial zum Straßenvermögen insbesondere zum Sanierungsaufwand benötige und wünsche.

Herr **Baudrexl** zeigte grundsätzlich Verständnis für nachvollziehbare Informationsdefizite. Die nach der NKF Einführung völlig andere Form der Darstellung von Informationen im Produkthaushalt sei selbstverständlich noch gewöhnungsbedürftig. Die Forderung nach weitergehenden Erklärungen oder Berichten durch die Verwaltung sei deshalb durchaus berechtigt.

Es sei unproblematisch, einen ergänzenden Bericht auf der Grundlage von vorhandenem Datenmaterial zu erstellen und vorzulegen. Er empfehle allerdings, den tatsächlichen Bedarf jeweils kritisch zu hinterfragen und das Verhältnis von Aufwand und Nutzen immer zu berücksichtigen. So enthalte der Produkthaushalt unter dem Produkt 54.01.02 bereits interessante Kennzahlen zu den städtischen Verkehrsflächen wie „Straßengesamtlänge“, „Gesamtverkehrsfläche“, „Anzahl der Brücken“ oder „Anzahl der Signalanlagen“. Der Teilfinanzplan enthalte dazu eine Auflistung der geplanten Maßnahmen. Hier habe der Rat bereits die grundlegende Entscheidung über notwendige Investitionen und Prioritäten getroffen. Über nicht vorhersehbare, nicht planbare Entwicklungen im Vollzug des Haushalts müsse jeweils berichtet werden. Weitere Informationen und Kennzahlen zum Straßenvermögen enthalte die Eröffnungsbilanz. Die Verkehrsanlagen einschließlich der Straßen seien bekanntlich erfasst, bewertet und nach Kamerabefahrung in 5 Zustandsklassen mit daraus resultierenden Restnutzungszeiten eingeteilt worden. U.a. nach den Richtlinien des Innenministeriums wird von einer durchschnittlichen Haltbarkeitsdauer von 40 Jahren ausgegangen. Eine Straße mit der Zustandsklasse 5 beispielsweise befindet sich in einem sehr schlechten Zustand mit einer Restnutzungsdauer von 0 bis 8 Jahren. Der Sanierungsaufwand sei damit jedoch noch nicht kalkuliert. Aus dem Anlagepiegel sei weiterhin ersichtlich, dass das Straßenvermögen mit einem durchschnittlichen Abschreibungssatz von 2,5 % oder jahresbezogen derzeit rd. 5 Mio. Euro abgeschrieben werde.

Zusammenfassend sagte Herr Baudrexl zu, zeitnah die in den unterschiedlichen Datenquellen vorhandenen vielfältigen Informationen in einem Bericht zusammen zu fassen und zur Verfügung zu stellen.

Auf Vorschlag von Bürgermeister **Hupe** wurde folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die im Haushaltsplan 2006 und in weiteren Datenquellen vorhandenen Informationen bzw. Kennzahlen zum städtischen Straßenvermögen einschließlich daraus zu entwickelnder Prioritäten des Sanierungsbedarfs und des Sanierungsaufwands zu erstellen und vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde zurückgezogen.

Zu TOP 10.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

10.1 Mitteilungen der Verwaltung:

1. Kostenentwicklung Aktion „Sauberes Kamen“ (GWA)

Herr **Brüggemann** erinnerte an die Beschlussvorlage 74/2005, mit der durch den Rat der Stadt Kamen in der Sitzung am 30.06.2005 beschlossen worden sei, das Projekt „Saubere Stadt Kamen“ über den 31.12.2005 hinaus fortzusetzen. Die Verwaltung sei beauftragt worden, im Frühjahr eines jeden Jahres im Haupt- und Finanzausschuss über die Kostenentwicklung zu berichten.

Mit der Beschlussvorlage Nr. 74/2005 seien die Projektkosten auf 415.300 € beziffert und zusätzlich jahresbezogene Kosten für die zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 19.000 €, mithin rd. 435.000 €, vorgetragen worden. In die Kalkulation der Abfallentsorgung des Jahres 2006 seien die Kosten der Aktion „Saubere Stadt“ mit rd. 430.000 € eingetragen worden.

Die in 2006 vorgesehenen zielgruppenbezogenen Öffentlichkeitsmaßnahmen seien erfolgreich gestartet worden. Allerdings gäbe es vor dem Hintergrund weiterer Erfahrungen in der Ablauforganisation Modifizierungen, die sich im Kostenrahmen bewegen. Beispielhaft nannte Herr Brüggemann, dass man u.a. auch das Dance-Votum, eine gut besuchte Veranstaltung für Jugendliche, als Werbe- und Informationsforum nutze.

Herr Brüggemann erklärte, dass sich insofern zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowohl die seinerzeit vorgestellten Kosten des Projekts als auch die zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Beschlusslage befinden.

Auf Wunsch von Herrn **Kühnapfel** sagte Herr **Brüggemann** zu, eine Auflistung der bisherigen und aktuellen Öffentlichkeitsaktionen der Niederschrift beizufügen.

2. Europaweite Ausschreibung der Abfallsammlung

Herr **Baudrexl** kündigte für die nächsten Tage die europaweite Ausschreibung für die Sammlung und den Transport von Rest- und Biomüll (sieben Jahre) sowie von Altpapier (3 Jahre) in den entsprechenden Bekannt-

machungsmedien an. Die Fraktionen Rest- und Biomüll sowie Altpapier habe man bewusst getrennt, da man für die unterschiedlichen Fraktionen andere Wettbewerber bzw. Bieter erwarte.

3. Verlegung des Wochenmarktes

Herr **Sostmann** teilte mit, dass in Folge der fortschreitenden Baumaßnahmen im Bereich der Innenstadt bekanntlich der Wochenmarkt und die Kirmes verlagert werden müssen. Mit den Beschickern für den Wochenmarkt und mit den Schaustellern habe man bereits intensive Abstimmungsgespräche über Ausweichmöglichkeiten geführt und einvernehmlich Alternativstandorte festgelegt. Nachdem die Frühjahrskirmes bereits mit überwiegend guter Resonanz an ihren Ausweichstandort verlagert worden sei, stehe nun der Umzug des Wochenmarktes an. Erstmals am 09.05.2006 werde der Wochenmarkt am Edelkirchenhof stattfinden. Herr Sostmann bat um positive und offensive Begleitung der vorübergehenden Verlagerung. Er hoffe, durch eine intensive Werbung für den Ausweichstandort, den von den Markbeschickern befürchteten Einnahmeeinbußen entgegen zu wirken.

4. Dienstreisen gemäß § 14 Abs. 5 Hauptsatzung

Herr Bürgermeister **Hupe** berichtete über die von ihm nach § 14 der Hauptsatzung genehmigten Dienstreisen im vergangenen Quartal.

Arbeitsgespräche in Montreuil-Juigné vom 27. bis 29.01.2006 und in Ängelholm vom 09. bis 11.02.2006 mit den Teilnehmern Herren Hasler und Drescher.

Teilnahme am Stadtfest in Sulecin vom 28. bis 30.04.2006 durch die Herren Stahlhut und Hasler.

Herr **Hupe** dankte den Ratsvertretern für ihr Engagement.

10.2 Anfragen an die Verwaltung

Auf Anfrage von Herrn **Hasler** teilte Herr **Baudrexl** mit, dass die bisherigen Erfahrungen mit der Annahme von Elektronikschrott die Richtigkeit der Entscheidung dieses Serviceangebot in Eigenregie durchzuführen bestätigten.

gez. Hermann Hupe
Vorsitzender

gez. Reinhard Lantin
Schriftführer

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen der Restrukturierung – VKU
Ausgangssituation - Fehlbetragsentwicklung – VKU
Auflistung Öffentlichkeitsaktionen